

Was Eltern
(nicht) brauchenCHRISTOPH
REISER

Kaum ein Feld ist in Österreich so vermint wie das der Familien- und Schulpolitik. Warum? Hier können die Parteien, die sich sonst immer mehr ähneln und dadurch verwechselbar werden, noch klar Kante zeigen.

Die weltanschauliche Front verläuft bei der Kinderbetreuung zwischen Ganztagskrippe und Heimbetreuung, bei der Bildung zwischen Gesamtschule und Beibehaltung der Gymnasien in ihrer jetzigen Form.

Als die Gemeinde Berndorf vor zehn Monaten beschlossen hat, Eltern, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten geben wollen, finanziell zu unterstützen, löste das beim politischen Gegner reflexartig hässliche Kommentare aus: Von „Herdprämie“ war die Rede und von „veralteten Familienbildern“. Auf solche Scharmützel können die Familien im Land ganz gut verzichten.

Die betroffenen Eltern wünschen sich vor allem eins: viele Auswahlmöglichkeiten – und dazu gehört auch die Entscheidung, die Kinder zu Hause zu lassen – und eine gute und flexible Betreuung in den Kindergärten, wenn beide Eltern arbeiten wollen. Darum sollte sich die Politik kümmern. Was ihren Kindern guttut, wissen die allermeisten Eltern selbst.

E-Mail:
christoph.reiser@salzburg.com

Salzburger Nachrichten

SAMSTAG, 2. NOVEMBER 2013

Die „Herdprämie“ hat Nachahmer gefunden

Kinderbetreuung. Seekirchen will das „Berndorfer Modell“ einführen und startet jetzt eine Bedarfsumfrage bei Familien. In Großarl ist die Sache seit Donnerstag beschlossen. Das Echo aus den Gemeinden ist groß.

HEIDI HUBER

SALZBURG (SN). Die Flachgauer Gemeinde Berndorf hat mit dem Zuschuss zur Kinderbetreuung das „Berndorfer Modell“ aus der Taufe gehoben. Mittlerweile dient es einigen Orten als Beispiel.

Konkret knüpft Berndorf am Kinderbetreuungsgeld an. Nämlich: Eltern, die ihr Kind zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr zu Hause betreuen, erhalten zusätzlich zum Kinderbetreuungsgeld einen Zuschuss von der Gemeinde. 112 Euro pro Monat sind das bei der dreijährigen Kindergeldvariante, 50 Euro gibt es für den zweijährigen Bezug. Voraussetzung ist, dass das Kind keine Betreuungseinrichtungen in Anspruch nimmt.

Hintergedanke: Wenn Land und Bund denselben Betrag wie die Gemeinde zuschössen, dann kämen Eltern, die ihr Kind zu Hause betreuen, auf denselben Monatssatz wie Bezieher der Mindestsicherung. Nur: Weder Land noch Bund forcieren das bislang.

Die Gemeinde hatte die jährlichen Kosten im Vorhinein mit 35.000 Euro geschätzt. Bgm. Josef Guggenberger (ÖVP) zieht nach zehn Monaten eine erste Bilanz: „Wir werden genau dort hinkommen. Alle Familien, die einen Anspruch hatten, haben das Modell angenommen. Es läuft sehr gut.“

Guggenberger wollte eine Wahlfreiheit für die Eltern schaffen, ob sie ihr Kind lieber familienintern betreuen oder auf externe Angebote setzen. Die SPÖ im Land hatte das damals zynisch kommentiert. Es



Berndorfs Bgm. Josef Guggenberger ist überzeugt: „Das sind erwachsene Leut‘. Die sollen frei wählen dürfen, wer daheimbleibt.“ Bild: SN/CHRIS HOFER

handle sich um eine „Herdprämie“ und um einen Rückschritt in veraltete Familienbilder.

Mittlerweile ist das Angebot in Berndorf um eine alterserweiterte Gruppe gewachsen. Ein Widerspruch? „Nein“, sagt der Bürgermeister. „Wir brauchen das eine, wir brauchen aber auch das andere.“ Und externe Plätze in Nachbargemeinden seien knapp geworden. Das Berndorfer Modell stünde bei seinen Bürgermeisterkollegen dennoch hoch im Kurs. Nachfragen gebe es vermehrt, erklärt Guggenberger.

In Großarl einigte sich die Gemeindevertretung am Donnerstag mit einer Gegenstimme. Ab Jänner 2014 soll auch dort ein monatlicher Zuschuss von 110 Euro gewährt werden. Es gibt ihn für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr, die zu Hause betreut werden. Großarl rechnet mit jährlichen Kosten von 50.000 Euro.

In Seekirchen ist bereits eine Umfrage in Arbeit, die den Familien in den kommenden Wochen ins Haus flattern dürfte. Die Frage: Würden Sie sich für die familieninterne Betreuung

entscheiden, wenn die Gemeinde zusätzlich einen Zuschuss gewähren würde?

Bgm. Monika Schwaiger (ÖVP) plädiert für „ein Seekirchner Modell, das sozial gerecht ist“. 57 Euro gäbe es demnach für die zweijährige Variante, rund 120 Euro für die dreijährige Option. Die Gemeinde rechnet mit Maximalkosten von 280.000 Euro. Aber: „Wenn wir das machen, dann werden wir gleichzeitig auch eine ernsthafte Forderung an Land und Bund verknüpfen. Von dort muss auch ein Drittelbetrag kommen“, sagt Schwaiger. Heftige Kritik kommt von der Orts-SPÖ, die eine „ewiggestrige Familienpolitik“ ortet.

Familienlandesrätin Martina Berthold (Grüne) kann sich nicht für das Berndorfer Modell begeistern. „Ich setze mich für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ein. Aus pädagogischer Sicht sind soziale Kontakte und frühkindliche Förderung wichtig. Außerfamiliäre Angebote haben positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Chancengleichheit von Frauen und Männer.“